



DGB

fair
Labour Mobility EU

Beratung, die Grenzen überwindet – für faire Arbeit in Europa

Vernetzung gewerk-
schaftsnaher Beratungs-
stellen in mehreren EU-Ländern,
damit mobile und entsandte
Beschäftigte zu ihrem Recht
kommen – schnell, mehrsprachig,
grenzüberschreitend.

Dieses Netzwerk braucht
jetzt eine dauerhafte
Finanzierung – damit
Rechte nicht reißen.

Finanziert durch die Europäische Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind ausschließlich die der Autor*innen und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union wider. Weder die Europäische Union noch die fördernde Behörde können dafür verantwortlich gemacht werden.



www.fair-labour-mobility.eu



Foto: Faire Mobilität

Wenn Arbeit Grenzen überschreitet, bleiben Rechte (zu) oft auf der Strecke.

Hunderttausende Menschen arbeiten jedes Jahr in einem anderen EU-Land – auf Baustellen, Feldern, in engen Lkw-Kabinen oder als Betreuungskräfte in Privathaushalten. Löhne werden nicht gezahlt, Arbeitszeiten ufern aus, Unterkünfte sind unzumutbar. Dies sind keine Einzelfälle, sondern oft

Geschäftsmodelle und somit strukturelle Probleme in vielen Branchen.

Ohne Kenntnis der jeweiligen Sprache und des jeweils geltenden Arbeitsrechts ist es kaum möglich, Rechte einzufordern, geschweige denn, sie durchzusetzen.

Das menschliche Leid hinter den Fällen

Die Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt nimmt weiter zu: Fachkräftengpässe und Demografie werden sie weiter antreiben, auch mit mehr Beschäftigten aus Drittstaaten. Wer nur

vorübergehend in einem anderen EU-Land arbeitet, landet besonders leicht in prekären, teils ausbeuterischen Verhältnissen: unterschiedliche Rechtssysteme, komplizierte Subunternehmerketten, Sprachbarrieren, unklare Papiere – Rechte,

die auf dem Papier bestehen, greifen in der Praxis zu selten. Doch während europaweit tätige Unternehmen auf zahlreiche europäische Unterstützungsstrukturen zurückgreifen können, fehlt mobilen Beschäftigten ein vergleichbares Netz.

Europa lebt von mobiler Arbeit – geschützt ist sie aber noch nicht überall. Damit Mobilität fair bleibt, braucht es Beratung, die über nationale Zuständigkeiten hinweg funktioniert.

Fair European Labour Mobility (FELM) – das europäische Beratungsnetz für faire Arbeitsmobilität – zeigt, wie das gelingen kann. Durch Zusammenarbeit, Vertrauen und Fachwissen über Ländergrenzen hinweg hilft das Netzwerk Beschäftigten, ihre Rechte wahrzunehmen und faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Wer Europa am Laufen hält, braucht Beratung, die Grenzen überschreitet.

Ein Netzwerk für faire Mobilität in Europa

Seit 2015 werden mit EU-Unterstützung grenzüberschreitende Beratungsstrukturen für faire Arbeitsmobilität aufgebaut und vernetzt. Gewerkschaftsnahe Beratungsstellen in mehreren Ländern arbeiten vertraulich, unabhängig und mehrsprachig zusammen, damit mobile und migrantische Beschäftigte ihre Rechte tatsächlich durchsetzen können.

Das aktuelle Projekt **FELM** (2024 – 2025) wird aus Mitteln der Europäischen Union finanziert und baut auf den erfolgreichen Vorläuferinitiativen der vergangenen Jahre auf. Ab 2026 wird die Arbeit im Rahmen des Pilotprojekts **Fair Labour Mobility EU** fortgeführt. Die Förderung bleibt aber bis dahin projektbasiert und zeitlich befristet.

FELM verbindet Beratungsstellen in acht europäischen Ländern. Die Beraterinnen und Berater erklären Rechte, prüfen Verträge, koordinieren zwischen Herkunfts- und Zielland und arbeiten mit Gewerkschaften, Arbeitsmarkt- und Kontrollinstitutionen zusammen. Nur durch vernetzte Zusammenarbeit lassen sich Verstöße erkennen, Verantwortung entlang der Subunternehmerketten klären und Rechte wirksam durchsetzen.

Eine koordinierende Stelle sorgt durch Austausch, Schulungen und Qualitätsstandards für einheitliche Verfahren im Netzwerk und stärkt die Zusammenarbeit zwischen den Ländern.

Ein wichtiger Partner ist **Faire Mobilität** in Deutschland. Die Struktur, die vom deutschen Arbeitsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund finanziert wird, bringt langjährige Praxiserfahrung und etablierte Standards in die Kooperation ein und leistet damit einen zentralen Beitrag zur Weiterentwicklung des Netzwerks.

So entsteht ein grenzüberschreitendes Unterstützungsnetz, das dort ansetzt, wo nationale Zuständigkeiten enden – ein wichtiger Schritt hin zu einem dauerhaft verantworteten europäischen Beratungsnetz für mobile und migrantische Beschäftigte.

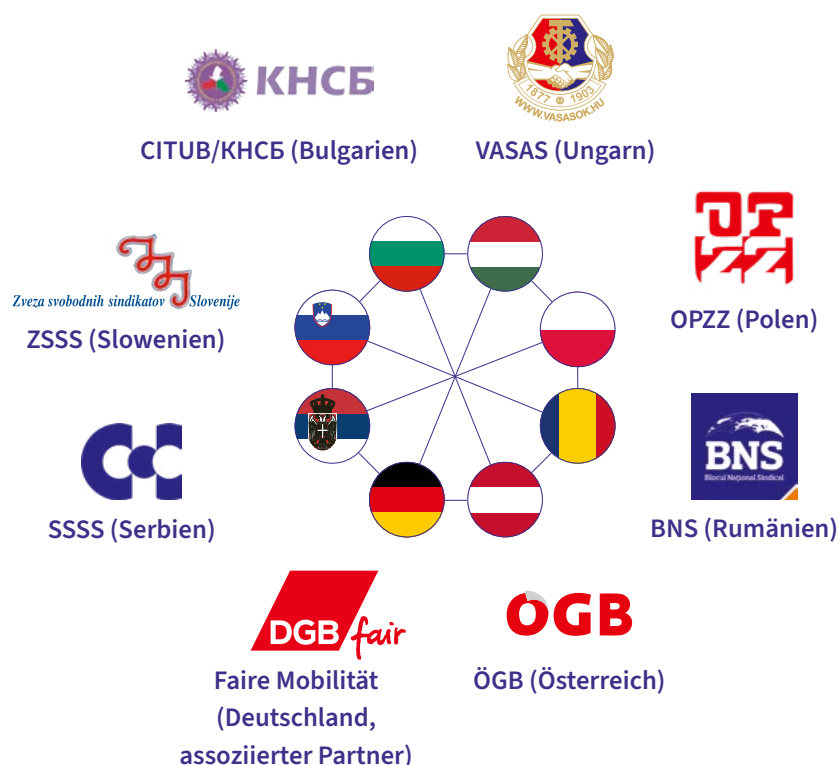
Vertrauen, Expertise und tragfähige Netzwerke brauchen Zeit und Kontinuität. Deshalb muss die Beratung langfristig und stabil finanziert werden, damit faire Arbeitsbedingungen in Europa Realität werden – unabhängig von Grenzen.

FELM in Zahlen

8 Länder beteiligt

8 Partnerorganisationen

rund 1.400 Beratungsfälle pro Jahr



Schwerpunkte:
Bau, Transport,
Landwirtschaft,
Metall- und Elektroindustrie,
häusliche Betreuung



„Gewerkschaften stehen an der Spitze, wenn es um die Verteidigung der Rechte mobiler und wandernder Arbeiter*innen geht. Deshalb muss die EU gewerkschaftliche Beratungsstrukturen unterstützen, die eine entscheidende Rolle beim Schutz von Saisonarbeitenden vor Ausbeutung spielen.“

Enrico Somaglia, EFFAT

Foto: Public Domain/CC0 1.0 Universal

Zwischen Walze und Formularen

Erster Tag. Falscher Winkel

Frühsommer in Niederösterreich. Feuchte Erdbeerreihen, der Boden schwer. Elena S.¹, eine bulgarische Erntehelferin, bindet ihr Kopftuch. Ein Knopfdruck, die Plane spannt nach, ein Zipfel Stoff gerät in die Walze. Ihr Kopf wird in die Maschine gezerrt. Dann ist es dunkel. Den Hubschrauber hört sie nicht mehr.

Elena wacht auf im Krankenhaus. Man fragt sie nach Papieren, Formularen, Worten – in einer Sprache, die nicht ihre ist.

Keine Sprache, keine Rechte

Elena S. hat schwerste Verletzungen erlitten – darunter eine Skalpierung, mehrere Armbrüche und beidseitig zerrissene Ohrmuscheln. Wie soll es jetzt weitergehen? Sie kennt ihre Rechte nicht.

Jemand hebt ab und bleibt dran

Durch glücklichen Zufall kommt sie in Kontakt mit der **FELM**-Beratungsstelle beim Österreichischen Gewerkschaftsbund **ÖGB**. Jemand sagt: „Sprich mit Blagovesta.“ Endlich: am anderen Ende der Telefonleitung eine Stimme, die versteht. Und die unterstützt: Krankengeld, Entgeltfortzahlung, Einmalzahlung, Antrag bei der Unfallversicherung.

Später, daheim in Bulgarien: Marina, Beraterin beim **FELM**-Projekt des Bundes unabhängiger Gewerkschaften (**KNSB/CITUB**) hilft, die Invaliditätspension zu beantragen.

Wege über Grenzen sind lang, Fristen kurz – aber Elena S. geht nicht allein.

Nicht hoch. Aber dauerhaft

Vor Gericht in Wien rechnen sie nüchtern: Erster Tag, kurzer Vertrag – die Rente bleibt niedrig. Doch sie kommt. Nicht hoch. Aber da. Und dauerhaft.

Ohne das grenzüberschreitende Beratungsnetz wäre aus einem Unfall ein Absturz geworden.

Zwei Länder, ein Weg zur Absicherung

Leistungen müssen dokumentiert, anerkannt und über die Grenze fortgeführt werden. Das gelingt nur, wenn Beratungsstellen in beiden Ländern nahtlos zusammenarbeiten. Dafür braucht es Dauer: verlässliche EU-Finanzierung, damit niemand an Sprache, Formular oder Grenze scheitert.



KHCB



¹ Die geschilderten Fälle sind echt, die Namen der Betroffenen sind anonymisiert.

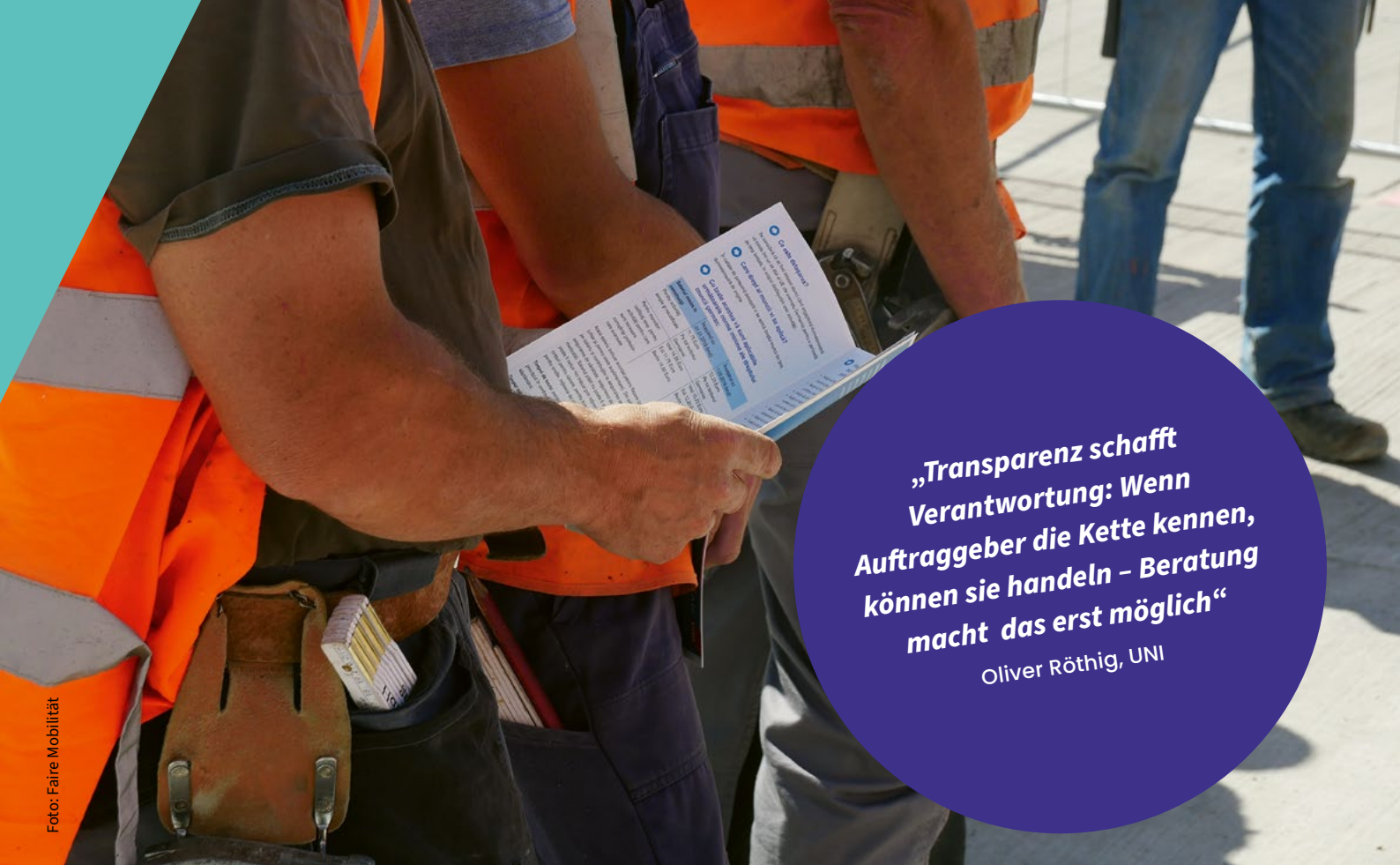


Foto: Faire Mobilität

„Transparenz schafft
Verantwortung: Wenn
Auftraggeber die Kette kennen,
können sie handeln – Beratung
macht das erst möglich“
Oliver Röthig, UNI

Die Kette haftet

Staub, Lärm, orange gestreifte Leitkegel. Der Riss im Asphalt wird zur Furche. Drei Männer aus Slowenien ziehen Glasfaser in Bayern: Rohre legen, Kabel einblasen, Schächte schließen. Akkord ohne Uhr: die Meter zählen, nicht die Stunden.

Zwei Monate Arbeit, null Zahlung

Sie arbeiten hart, den Mai, den Juni hindurch. **Der Sommer kommt, doch der Lohn bleibt aus.** Wer zuständig ist, bleibt ein Rätsel: **Jeder verweist aufs nächste Glied in der Subunternehmerkette.**

Keiner will zuständig sein

Die Männer schreiben E-Mails, hören Warteschleifen. Ausflüchte kommen, Zahlungen nicht. „Wenden Sie sich an die Firma in Slowenien“, sagt man ihnen in Bayern. Wenn sie dort anrufen, heißt es: „Bitte direkt an den Subunternehmer vor Ort.“ Die Verantwortung wandert flink. Der Arbeitslohn kommt nicht.

Kette sichtbar gemacht

Dann ein Kontakt: Die **FELM**-Beratungsstelle beim slowenischen Gewerkschaftsbund **ZSSS** in Ljubljana. Ein zweiter: **Faire Mobilität** in Deutschland. Endlich hört man ihnen zu.

Die Berater*innen legen die Verträge nebeneinander, zeichnen Zahlungswegenach, rekonstruieren akribisch die Subunternehmerkette.

Nicht beim letzten Sub, sondern beim Generalunternehmer liegt der Hebel: **Generalunternehmerhaftung** heißt: Verantwortung endet nicht beim billigsten Glied. Als auch der sich zunächst nicht bewegt, greift ein großer Auftraggeber ein. **Druck, aus Angst vor der öffentlichen Blamage.**

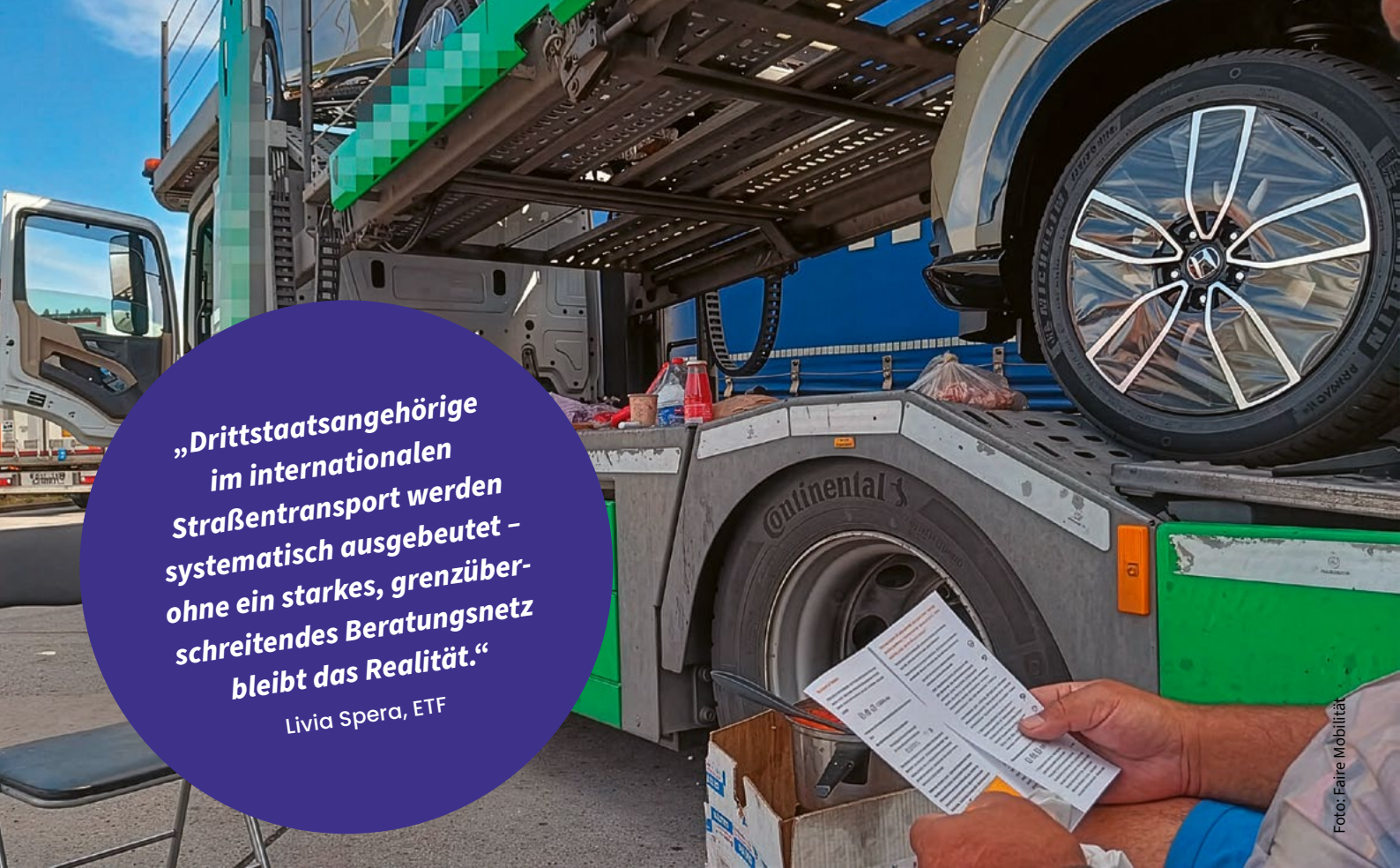
Ein Einzelfall mit Spillover

5.620,49 Euro werden nachgezahlt. Nicht aus Kulanz – als Resultatsystematischer, hartnäckiger Durchsetzungelementarer Arbeitsrechte. Und: Der Generalunternehmer stellt Prozesse um – Transparenz statt Durchreichen, klare Zuständigkeiten für die nächste Baustelle.

Warum grenzüberschreitend?

Weil Aufträge länderübergreifend laufen – und Rechte ohne Netzwerk steckenbleiben.

ZSSS und **Faire Mobilität** verbinden Herkunfts- und Zielland, teilen Standards, sichern Belege, halten Fristen. So wird aus „Niemand zuständig“ ein Kontoauszug. **Genau dafür braucht es ein dauerhaft finanziertes europäisches Beratungsnetz.**



„Drittstaatsangehörige
im internationalen
Straßentransport werden
systematisch ausgebeutet –
ohne ein starkes, grenzüber-
schreitendes Beratungsnetz
bleibt das Realität.“
Livia Spera, ETF

Foto: Faire Mobilität

Lohn bleibt stehen, Laster fährt

Nachts an der Raststätte. Tomislav M., Lkw-Fahrer aus Bosnien, trinkt den Kaffee im Stehen. Touren durch Deutschland, Dispo in Slowenien. Die Kilometer stimmen, der Lohn nicht. Beahlt wird er nach slowenischem Mindestlohn, obwohl die Fahrten in Deutschland laufen. Monat um Monat wächst das Loch – bis es ein paar Tausend Euro groß ist.

Eigentlich ein klarer Fall

Tom ruft in Ljubljana an, beim slowenischen Gewerkschaftsbund **ZSSS**. Schnell landet er bei **FELM**-Berater Marko. Beide sprechen dieselbe Muttersprache – allein das hilft. Gemeinsam prüfensienach: Fahrerkartenauslesen, Stundengegenrechnen, Belege sortieren. Dann die Brücke nach Deutschland: Faire Mobilität prüft mit – das Ergebnis: Tomislav hat klaren Anspruch auf deutschen Mindestlohn. Die Fallakte steht. Jetzt ein letzter Versuch, die Angelegenheit einvernehmlich zu regeln, bevor es vor Gericht geht.

Schnelle Einigung – dank professioneller Hilfe

Marko nimmt Kontakt zum Arbeitgeber auf, legt die Beweise vor, verweist auf das Netzwerk: **FELM**, **Faire Mobilität**, Gewerkschaften in Deutschland und Slowenien, Arbeitsinspektion, notfalls der Hebel Generalunternehmer.

Am Ende lenkt die Spedition ein. Weniger aus Einsicht, sondern wegen der Aussicht auf ein langes Verfahren.

Man einigt sich außergerichtlich, der Arbeitgeber zahlt 5.000 Euro netto. Das kommt der Forderung nahe, aber vor allem: Es ist viel schneller da, als eine Klage vor Gericht überhaupt zur Verhandlung käme.

Warum das zählt

Viele Drittstaatsangehörige, entsandt über EU-Firmen, fürchten um ihren Aufenthalt, reden deshalb nicht – und werden um ihren Lohn betrogen. Beratung, die unabhängig von staatlichen Stellen ist und Grenzen überwindet, kann helfen: Sie nimmt Angst, sichert Beweise, verhandelt mit Druck – und bringt Geld aufs Konto.

In diesem und anderen Fällen: ohne langes Gerichtsverfahren, mit schnellem Ergebnis.

Was es braucht

Wenn Frachtwege europaweit sind, müssen Rechte es auch sein. **ZSSS** und **Faire Mobilität** zeigen, wie es geht: koordiniert, mehrsprachig, schnell. Damit das zum Normalfall wird – und keine Glückssache bleibt – braucht dieses Netz dauerhafte EU-Finanzierung.



„Im Baugewerbe
verschieben sich Verantwortung
und Risiko entlang der Subunter-
nehmerketten – es braucht
EU-weit Beratung und Haftung,
die das durchbrechen.“
Tom Deleu, EFBH

Foto: Faire Mobilität

Hinter der Fassade

Nordrhein-Westfalen, Frühjahr. Ein rumänischer Bauarbeiter arbeitet sechs Wochen auf einer Baustelle. Seinen Arbeitsvertrag musste er bei Ankunft abgeben – ohne Kopie, ohne Foto. Die vom Arbeitgeber gestellte Unterkunft ist von Bettwanzen befallen. Für über 200 Stunden Arbeit bekommt er nur rund 400 Euro Vorschuss – 2.500 Euro bleiben offen. Als er kündigt, fordert das Generalunternehmen auch noch eine Vertragsstrafe – ohne Rechtsgrundlage.

Briefkasten statt Betrieb

Faire Mobilität in Dortmund und **BNS** in Bukarest nehmen den Fall auf. Sie prüfen Register, Firmenstatus, Zahlflüsse – und finden: Die „entsendende“ rumänische Firma ist seit 2021 inaktiv, ohne Beschäftigte – es gibt nur eine Briefkastenadresse. Auffällig: familiäre Verflechtung zwischen der rumänischen und der deutschen Firma.

Register, Belege, Meldung

Die Beratungsstellen sichern Hinweise, binden die rumänische Arbeitsinspektion ein und informieren den Zoll Duisburg – mit allen verfügbaren Belegen. Beratung im Interesse des Beschäftigten – und mit Signalwirkung für Behörden.

Ermittlungen statt Stillstand

Stand Herbst 2025: Noch kein Lohn auf dem Konto. Aber: Ermittlungen laufen an. Der Fall macht mutmaßlich missbräuchliche Entsendestrukturen sichtbar; **die Informationen der Beratungsstellen erhöhen den Kontrolldruck.** Manchmal ist Wirkung zunächst ein angestoßenes Verfahren – der notwendige Schritt, damit Ansprüche später durchsetzbar werden.

Warum grenzüberschreitend?

Weil Verträge, Zuständigkeiten und Firmenketten über zwei Länder laufen. Nur das Netzwerk kann Registerdaten und Inspektionsrückmeldungen zusammenführen, Beweisesichern und die richtigen Stellen adressieren. So wird aus einem „Fall ohne Papiere“ ein behördlich verfolgter Verdacht – und aus Ohnmacht Druck zur Aufklärung. Genau deshalb braucht es dauerhaft EU-finanzierte Beratung, die über Grenzen hinweg arbeitet.



Hingehen, erklären, verbinden

Exemplarische Aktionen des Beratungsnetzes

Vier Orte, ein Prinzip: So entstehen kurze Wege zu Rechten – für Menschen, die sonst selten von Beratung erreicht werden. Mehrsprachig, gewerkschaftsnah, mit klaren Hebeln. Diese Praxis wirkt. Damit sie trägt, muss sie bleiben: Verstetigung statt Projektlogik.

BULGARIEN · Vor der Abreise gut informiert



Foto: FELM

Im März 2025, zu Beginn der Erntesaison, führten CITUB, Faire Mobilität und ÖGB eine gemeinsame Informationskampagne in strukturschwachen ländlichen Regionen im Norden Bulgariens durch. Viele Menschen von hier arbeiten regelmäßig als landwirtschaftliche Saisonkräfte in Westeuropa, weil es sonst kaum Arbeit für sie gibt. Viele geraten dabei in extrem ausbeuterische Strukturen.

Die mobilen Beratungsteams bieten Vorträge, Gespräche, mehrsprachige Flyer: Welche Verträge sind seriös? Was bedeuten Mindestlöhne, A1 und Unterbringungsregeln? Wohin wende ich mich, wenn etwas schief läuft? In Runden mit Gemeinden, Arbeitsämtern und der Arbeitsinspektion

werden Lücken sichtbar — besonders beim Krankenversicherungsschutz nach Rückkehr sowie bei der Kontrolle von Vermittlungsagenturen und intransparenten Substrukturen. Eine Pressekonferenz findet großes Echo.

Das Ergebnis: Hunderte erreicht, viele Einzelgespräche; FELM wird in ländlichen Regionen greifbar. CITUB entwickelt auf Basis der Tour einen Info-Flyer (vor/während/nach dem Einsatz in DE/AT). Ein Video-Podcast bündelt die wichtigsten Hinweise. Hunderte Menschen kennen ihre Rechte und wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie ausgebeutet werden: Prävention, wo Migration beginnt.



Foto: FELM

SERBIEN · Beratung auf der Jobmesse



Foto: FELM

Belgrad, 10. Juni 2024: Europäische Unternehmen rekrutieren Arbeitskräfte auf einer Jobmesse; Faire Mobilität (Deutschland), SSSS (Serbien) und ZSSS (Slowenien) beraten direkt vor Ort über Rechte bei Entsendung und Beschäftigung im Ausland. Jedes Jahr verlassen Zehntausende Menschen das Land, um zeitweise oder dauerhaft in EU-Mitgliedstaaten zu arbeiten. Slowenien fungiert dabei als Brückenstaat: Ein großer Teil dieser Beschäftigten wird über Unternehmen in Slowenien nach Deutschland und Österreich entsandt. Indirekte Entsendeketten – ein gängiges Modell in Serbien, bei dem Verantwortlichkeiten noch stärker verwischt werden.



Foto: FELM

Parallel setzt eine Fachkonferenz den institutionellen Rahmen: 33 Teilnehmende aus Ministerium, Arbeitsamt, Arbeitsinspektion, Deutscher Botschaft, Arbeitgeberverband. Die öffentliche Resonanz ist groß.

Ergebnis: zahlreiche Erstberatungen, neue Ansprechpersonen und verankerte Kooperationspfade entlang der Achse Serbien-Slowenien-Deutschland. Hunderte Menschen werden über ihre Rechte aufgeklärt, bevor sie Verträge unterschreiben.

UNGARN · Entsendetrainings im ganzen Land

Wissen schützt – vor Ort und online: Die Industriegewerkschaft VASAS informiert im Rahmen des FELM-Netzwerks regelmäßig Beschäftigte, die temporär nach Deutschland entsandt werden: vor allem in Unternehmen der Automobil- und Metall-/Elektroindustrie. Die Teilnehmenden erhalten kompakte Inputs über ihre Rechte und häufige Probleme, praxisnah an Entsenderichtlinie, ungarischem und deutschem Recht, erhalten Antworten auf ihre Fragen. Themen: Lohntransparenz, Arbeits-/Ruhezeiten, Unterakunfts-/Reisekosten, Unterschiede zwischen Entsendung und anderen Mobilitätsformen. Die Sessions laufen landesweit in Betrieben und Regionalzentren – plus Online-Events in abgelegenen Regionen.

Ergebnis: Von 2024 bis Sommer 2025 werden in Dutzenden von Präsenz- und Onlineveranstaltungen Hunderte erreicht. Viele Teilnehmende geben ihr Wissen weiter oder melden sich



Foto: VASAS

später mit konkreten Fällen bei den FELM-Partnern in Deutschland und Österreich — der direkte Weg von der Prävention zur erfolgreichen Fallarbeit. Auch hier: Beschäftigte werden durch Aufklärung gestärkt, bevor es zu Problemen kommt.

POLEN · Facebook-Live für Betreuungskräfte



Foto: FELM

Viele polnische Frauen arbeiten regelmäßig als häusliche Betreuungskräfte für pflegebedürftige alte Menschen in Deutschland – oft unter problematischen Bedingungen, isoliert in Privathaushalten, rund um die Uhr „abrufbe-

reit“. Von herkömmlichen Beratungsangeboten in Präsenz werden sie daher kaum erreicht. Im November 2024 startet die polnische OPZZ deshalb eine Facebook-Live-Session für polnische 24-Stunden-Betreuungskräfte in Deutschland. Gemeinsam mit Faire Mobilität werden Dienstleistungsverträge erklärt und die Schritte zur Geltendmachung offener Löhne erläutert — schrittweise, in Muttersprache. Das Video wird in einschlägigen Gruppen geteilt, erzielt in wenigen Tagen über 5.200 Views und bringt zahlreiche Nachfragen. Wichtig ist das Follow-up: Aus Live-Fragen werden Einzelberatungen, stabile Messenger-Kanäle und wiederkehrende Mikro-Formate.

Ergebnis: Digitale Beratung als Türöffner – spürbar mehr Sichtbarkeit des FELM-Angebots, hunderte Frauen bekommen konkrete Antworten. Über den digitalen Kanal kommt Beratung dorthin, wo die Beschäftigten tatsächlich erreichbar sind.



Foto: Faire Mobilität

„Beratung ist nicht nur Problemlösung – sie gibt Würde zurück.“

Über faire Mobilität, gemeinsame Standards und warum Beratung gewerkschaftsnah bleiben muss.
Ein Gespräch mit Mirela Caravan, BNS

Was hat Sie persönlich überzeugt, mobile und entsandte Beschäftigte zu beraten?

Mirela Caravan: Viele Rumän*innen gehen mit großen Hoffnungen ins Ausland und landen in komplexen, oft intransparenten Situationen: fehlende oder unklare Verträge, vorenthaltener Lohn, schlechte Unterkünfte – und das alles in einem System, dessen Sprache und Regeln sie nicht kennen. Als BNS 2019 bei FELM einstieg, gab es den Rahmen: Beratung bereits im Herkunftsland, verbunden mit Partnern in Deutschland. Für mich geht es dabei um mehr als Fallbearbeitung – es geht um Würde und darum, Menschen das Zutrauen zu geben, ihre Rechte einzufordern.

Wie klingen die ersten Minuten eines Beratungsgesprächs?

Meist sind es Verunsicherung und ganz konkrete Not: „Ist das legal? Was kann ich tun?“ Am Anfang braucht es vor allem Zuhören und Struktur: Welche Belege liegen vor, welche Fristen laufen, wer ist zuständig?

Allein diese ersten Schritte nehmen Druck – und zeigen: Es gibt einen Weg.

Was sind die häufigsten Probleme?

Unterbezahlung oder komplett vorenthaltener Lohn, fehlende schriftliche Verträge, nicht abgeführte Sozialbeiträge, mangelhafte Unterbringung. Hinzu kommen Sprachbarrieren und Unsicherheit über das anwendbare Recht – etwa ob rumänische oder deutsche Regeln gelten. Problematisch sind auch Subunternehmerketten und andere missbräuchliche Konstellationen, die Verantwortlichkeiten verschleiern.

Viele Fälle lassen sich nur grenzüberschreitend lösen. Wie funktioniert das in der Praxis?

Ja, grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist unerlässlich, da die Probleme mobiler Arbeitnehmer*innen oft mehrere Rechtsordnungen betreffen. Solche Fälle sind eher die Regel als die Ausnahme – ohne Kooperation über Grenzen hinweg ließen sie sich kaum lösen.

Wir koordinieren Akten und Informationen mit Partnern wie Faire Mobilität in Deutschland. Ein Beispiel: Eine Gruppe rumänischer Bauarbeiter arbeitete monatelang in Deutschland bei einem Subunternehmer, der ihren Lohn einbehält. Gemeinsam mit den deutschen Kolleg*innen klärten wir Firmenstatus, Generalunternehmer, Rechtsgrundlagen und korrekte Entsendung – am Ende wurden wesentliche Rückstände ausbezahlt. Das zeigt, wie stark das Netzwerk ist, wenn jede Seite ihre lokale Expertise einbringt.

Welche Rolle spielt die Generalunternehmer- bzw. Kettenhaftung?

Eine zentrale. Haftung oben in der Kette wird zum Hebel, wenn die Dokumentation steht und der Rechtsrahmen es vorsieht. Genau daran fehlt es Betroffenen oft – sie haben keinen Zugang zu verlässlichen Unternehmensdaten oder sind bereits zurück im Herkunftsland. Ohne Kooperation zwischen den Beratungsstellen versickern viele Fälle im System.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit Behörden – und wo hakt es?

Grundsätzlich konstruktiv: Wir stehen mit der Arbeitsinspektion, der A1-Stelle und den Sozialversicherungen in Kontakt, melden Verstöße und verweisen Ratsuchende weiter. Aber Verfahren sind oft langsam, Zuständigkeiten unklar, der digitale Datenaustausch über Grenzen hinweg ist zu schwach. Nötig wäre ein proaktives, digital gestütztes Prüf- und Inspektionssystem. Gerade bei Scheinentsendung sollten die rumänischen Behörden aktiv auf deutsche Stellen zugehen – häufig geht es nicht um Einzelfälle, sondern um Dutzende Betroffene.

Was sind die größten Hürden im Alltag – und was würde am meisten helfen?

Neben Sprache und Rechtskenntnis: der Zugang zu Rechtshilfe – sie kostet Zeit und Geld, oft verbunden mit Präsenz im Einsatzland, obwohl die Leute schon zurück sind. Dazu die Komplexität von Subketten. Was hilft? Prävention vor der Abreise, vereinfachte Verfahren und verlässliche Finanzierung für kostenfreie, unabhängige Beratung. So ließen sich viele Probleme vermeiden, bevor sie entstehen.

Woran erkennen Sie, dass Beratung wirkt – und das Netzwerk funktioniert?

Natürlich an ausbezahlten Löhnen. Aber auch an Momenten, in denen jemand sagt: „Jetzt verstehe ich meine Rechte“ – und erst nach der Vertragsprüfung unterschreibt. Auf Netzwerkebene zeigt sich Wirkung, wenn die Kommunikation reibungslos läuft, Vertrauen

da ist und Fälle schneller abgeschlossen werden. Jeder erfolgreiche grenzüberschreitende Fall stabilisiert das System – und hat Abschreckungswirkung gegenüber Wiederholungstätern.

Warum brauchen diese Angebote eine dauerhafte Finanzierung?

Mobilität und Ausbeutungsrisiken sind keine vorübergehenden Erscheinungen, sondern bleibende Realität. Deshalb brauchen mobile Beschäftigte dauerhafte Beratungsstrukturen, vertraute und verlässliche Anlaufstellen. Wir haben im FELM-Netzwerk eine hohe Fachkompetenz aufgebaut. Unser Beispiel ist sehr erfolgreich – die Zusammenarbeit zwischen den Beratungsstellen aus Entsende- und Zielländern ist sehr effektiv. Wir haben viel Erfahrung gesammelt und gute Ergebnisse erzielt. Dies aufgrund des Auslaufens der Finanzierung zu verlieren, wäre ein schwerer Rückschlag.

Warum sollten die Beratungsstellen gewerkschaftsnah verankert bleiben?

Weil wir Teil der Arbeitswelt sind und Strukturen mitbringen: Sektorbezüge, Vertrauenspersonen, Partnerschaften – etwa mit EURES Rumänien oder der Arbeitsinspektion. Auch wer (noch) nicht organisiert ist, findet hier glaubwürdige, erreichbare Ansprechstellen. Wir erreichen vulnerable Gruppen, die aus unterschiedlichsten Gründen den Kontakt zu staatlichen Behörden scheuen. Diese Verankerung verbindet Reichweite mit Zuverlässigkeit und einem niedrighschwelligem Zugang – und genau das brauchen mobile Beschäftigte.

Ihr Fazit in einem Satz?

Grenzüberschreitende Beratung macht Rechte handhabbar – sie bringt Fälle über Systeme hinweg zum Ziel. Damit das kein Zufall bleibt, braucht es digitale Schnittstellen, klare Haftungsregeln und dauerhafte EU-Finanzierung.



Rechte durchsetzen. Europaweit

Worum es geht

Die Fälle in dieser Broschüre zeigen: Wer nur vorübergehend und für kurze Zeit in einem anderen Mitgliedstaat arbeitet, landet immer noch viel zu oft in prekären, ja ausbeuterischen Verhältnissen. Kurzzeitverträge, Subketten, Sprachbarrieren und fehlendes Wissen über die eigenen Rechte verhindern, dass Betroffene ihre Ansprüche geltend machen. Wer die Sprache nicht spricht und die Verfahren nicht kennt, hat faktisch keine Chance, seine Rechte einzufordern und durchzusetzen.

Was wirkt

Diese Broschüre zeigt aber auch: Ein europäisches Beratungsnetzwerk. Vertrauensvolle, unabhängige Beratung mit gewerkschaftlicher Expertise – und grenzüberschreitender Zusammenarbeit – setzt Rechte durch.

Öffentliche Aufgabe – gemeinsame Verantwortung

Faire grenzüberschreitende Arbeit zu sichern, eine öffentliche Aufgabe von gesamteuropäischem Interesse. Gewerkschaften übernehmen hier seit Jahren Verantwortung, schaffen Strukturen, bringen Expertise ein – aber die Finanzierung dieser Aufgabe muss dauerhaft über europäische Mittel abgesichert sein. Mobile Beschäftigte sind oft nur kurz vor Ort und werden selten Mitglied einer Gewerkschaft vor Ort. Ihre Rechte zu schützen, ist gemeinsame Aufgabe von EU, Mitgliedstaaten und Sozialpartnern.

Unsere Forderung

DGB und EGB fordern den Aufbau eines europaweiten Beratungs- und Unterstützungsnetzwerks für mobile und migrantisches Beschäftigte.

So muss das Netzwerk aussehen:

- Dauerhaft finanziert: stabile Mittel, damit Expertise, Vertrauen und Partnerschaften wachsen. Die langfristige Finanzierung sollte über den EU-Haushalt gesichert werden.
- Vertrauensbasiert und im Interesse der Arbeitnehmer*innen: niedrigschwellige Beratung unabhängig von Behörden, gewerkschaftsnah organisiert, mit Zugang zu branchenspezifischem Know-how und erprobten Netzwerken.
- Transnational koordiniert: eine europaweite Koordinierungsstelle sichert Austausch, Standards, Weiterbildungen – damit Beratung nahtlos über Grenzen läuft.
- Branchenspezifisch stark: Fokus auf besonders gefährdete Sektoren (Bau, Transport, Landwirtschaft/Saison, häusliche Betreuung) in enger Zusammenarbeit mit europäischen Branchengewerkschaften.

- Flexibel und verlässlich: zugeschnitten auf Herkunfts-, Ziel- oder Transitländer, bei einheitlichen Qualitäts- und Kooperationsstandards, damit Beratung europaweit vergleichbar und professionell erfolgt.

Warum jetzt?

Europa garantiert Rechte – doch ihre Durchsetzung ist der Engpass. Ein starkes Beratungsnetz schließt diese Lücke: Es macht Ansprüche handhabbar, sorgt für Nachzahlungen und schützt vor Wiederholung. Es sichert faire Bedingungen – unabhängig von Herkunft oder Einsatzort.

Call to action

Es ist Zeit, dass EU-Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten gemeinsam handeln und den politischen Rahmen für ein dauerhaft finanziertes, europäisches Beratungsnetz schaffen. Wer Europa ernst nimmt, muss dafür sorgen, dass Rechte an der Grenze nicht enden.



Foto: Joanna Kosowska für DGB

Anja Piel, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)



Foto: Tim Buelens/www.tbim.be

Isabelle Schömann, Stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Impressum

V. i. S. d. P.: Anja Piel
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Keithstraße 1, 10787 Berlin

- Redaktion: Anne Karrass (DGB), Alexandra Kramer (IQ Consult gGmbH), Jörn Boewe;
Satz und Layout: Dirk Braunheim

Weitere Informationen:

- www.fair-labour-mobility.eu
- kurzlinks.de/FM_netzwerk